

A10 Die soziale und gerechte Stadt

Gremium: Vorstand KV LU - Nesrin Akpinar
Beschlussdatum: 20.10.2018
Tagesordnungspunkt: 0. Tagesordnung

Text

1 Wir setzen auf die Bekämpfung von Armut!

2 Ziel grüner Sozialpolitik ist es, allen Menschen die gleichberechtigte und
3 eigenständige Teilhabe am städtischen Leben zu ermöglichen. Wir werden die
4 Ausgrenzung von Menschen verhindern, die mit Behinderung, Armut oder in
5 Einsamkeit leben. Wir werden Politik für alle Menschen unserer Stadt machen.
6 Politik für alle Menschen der Stadt ist die Voraussetzung für ein friedliches
7 Zusammenleben aller Menschen. Wir setzen uns für bessere soziale Infrastruktur
8 und gleichberechtigte Teilhabe für alle Menschen ein. Hilfesysteme wollen wir
9 konsequent an der Würde und den Bedürfnissen der Hilfsbedürftigen ausrichten. Es
10 gilt, mit den Möglichkeiten der kommunalen Sozialpolitik Armut bekämpfen und
11 möglichst zu verhindern, dass Menschen in Armut fallen.

12 Besonderes Augenmerk muss der Bekämpfung der Kinderarmut und der Verbesserung
13 der Situation Alleinerziehender gelten. Bei der Berichterstattung und bei der
14 Erstellung eines Konzepts zur Armutsbekämpfung müssen die freien Träger, die
15 über eine besonders große Erfahrung in der Arbeit mit armen Menschen verfügen,
16 berücksichtigt werden.

17 Menschen ohne eigenes Einkommen sollen auf einem Mindestniveau versorgt sein und
18 in Würde leben können; möglichst in selbst angemieteten Räumen unter
19 Gewährleistung einer kontinuierlichen Versorgung mit Strom und Heizenergie und
20 mit erträglichen sanitären Bedingungen. Damit keine Menschen in Notunterkünften
21 leben müssen, die diesen Bedingungen nicht entsprechen, muss die Stadt ein
22 Handlungskonzept erarbeiten.

23 Energieeffizientes Wohnen darf nicht nur zahlungskräftigen Mietern und
24 Eigentümern vorbehalten sein. Der Stadtvorstand muss auf die
25 Wohnungsbaugesellschaft GAG einwirken, damit gerade finanzschwachen Bürger die
26 Chance haben, mit einer erträglichen „zweiten Miete“, d.h. zu erschwinglichen
27 Energiekosten leben zu können. Bei Sanierungsprogrammen wie in der Südlichen
28 Innenstadt muss die Stadt darauf hinarbeiten, dass bei der Renovierung von
29 Wohnraum soziale und ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

30 Grüne Ziele sind...

- 31 • Ein Konzept zur Bekämpfung finanzieller Notlagen und gegen die Einweisung
32 in Notunterkünfte
- 33 • Ein Konzept zur Bekämpfung von Kinderarmut
- 34 • Weitgehende Sicherungen gegen Strom- und Heizenergiesperren bei finanziell
35 Schwachen und Gebührenfreiheit bei Entschuldungsmaßnahmen
- 36 • Energieeffiziente Wohnangebote für finanziell Schwache
- 37 • Ökologische und soziale Eingriffe bei der Wohnraumsanierung
- 38 • Intensivierung der Schuldnerberatung für junge Leute.

39 Beratung und Versorgung - wohnortnah

40 DIE GRÜNEN fordern einen Ausbau von Einrichtungen der sozialen Beratung und
41 Versorgung auf Stadtteil- und Quartiersebene. Gerade finanziell oder in der
42 Mobilität eingeschränkte Menschen greifen auf dezentrale Angebote zurück.
43 Quartiersbezogene Familieneinrichtungen sind daher eine wichtige Hilfe für Alte,
44 Alleinerziehende, Einsame und vielen Menschen mit unzureichenden
45 Deutschkenntnissen.

46 Beschäftigung fördern, Arbeitslosigkeit mindern

47 Die Stadt wird alle Möglichkeiten nutzen, Arbeitslose zu qualifizieren und
48 mithilfe eines „dritten Arbeitsmarkts“ bedarfsgerechte Arbeitsgelegenheiten
49 anbieten, die den Betroffenen auch zu einer spürbaren Arbeitsgelegenheiten
50 anbieten, die den Betroffenen auch zu einer spürbaren finanziellen Verbesserung
51 verhelfen. Zur Integration bildungsbenachteiligter Jugendlichen in den
52 Ausbildungs- und Arbeitsmarkt müssen erfolgreiche Maßnahmen wie KÜM
53 „Kooperatives Übergangsmanagement Schule Beruf“, Berufslotsen und Jobfüxe zur
54 Regel werden. Zum Abbau von Diskriminierung werden wir auch auf kommunaler Ebene
55 anonyme Bewerbungsverfahren voranbringen.

56 Grüne Ziele sind...

- 57 • Den Erhalt- und die Erweiterung von Ausbildungsplätze bei der
58 Stadtverwaltung und ihren Tochtergesellschaften,
- 59 • Weitere Qualifizierungsinitiativen für junge und ältere Arbeitslose in der
60 Stadt im Verbund mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter und den
61 Weiterbildungseinrichtungen,
- 62 • Städtische Unterstützung eines lokalen „Dritten Arbeitsmarkt“
- 63 • Zusatzjobs und sozialgeförderte Jobs zur dauerhaften Eingliederung in das
64 Berufsleben mithilfe von Bundes- und Landesprojekten

65 Stadt für alle Generationen

66 Die spezifischen Bedürfnisse älterer Menschen werden in der altersgerechten
67 Stadt berücksichtigt. Wie z.B. Öffentlicher Nahverkehr, Wohnungspolitik und

68 barrierefreier Kommunikation. Für kranke und pflegebedürftige Menschen muss ein
69 engmaschiges Hilfe- und Informationsnetz zur Verfügung stehen. Wir setzen uns
70 dafür ein, dass Menschen in Altersarmut in Ludwigshafen finanziell abgesichert
71 und würdig wohnen und leben können.

72 Grüne Ziele sind...

- 73 • Mehr Lokale Anstrengungen zur Verhinderung von Altersarmut besonders bei
74 Frauen
- 75 • Ein Konzept und die Umsetzung für altersgerechte Mobilität und
76 altersgerechtes Wohnen in der Stadt
- 77 • Pflegestützpunkte müssen möglichst Stadtteilnah eingerichtet werden
- 78 • Förderung der Mitwirkung älterer Menschen in allen für sie betreffende
79 Fragen
- 80 • Ehrenamt für alle

81 Flüchtlingspolitik

82 Nach Ludwigshafen kommen Menschen, die vor Krieg, Verfolgung, aber auch vor
83 großer Not geflohen sind. Ihnen wollen wir in Ludwigshafen ein menschenwürdiges
84 Leben zusichern und eine Willkommenskultur, die sie vor Diskriminierung und
85 Rassismus schützt und ihnen gute Integrationsmöglichkeiten bietet.

86 Dazu fordern wir:

- 87 • Einbeziehung der Wohnungsbaugesellschaften (insbesondere GAG) und privater
88 Vermieter bei der dezentralen Wohnungsversorgung
- 89 • Die Verbesserung des Integration- und Berufsangebots
- 90 • Mehr Schulklassen für Flüchtlinge
- 91 • Vermeidung von Ghettobildung
- 92 • Die konsequente Umsetzung der Schulpflicht

93 Integration: Mehr Teilhabe, mehr Förderung

94 Insgesamt weit über 30% der Ludwigshafener haben einen Migrationshintergrund.
95 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sind in ihren Bildungschancen
96 oft benachteiligt. Viel zu wenige erhalten die Ermutigung und Förderung um
97 Abitur oder Fachhochschulreife zu erreichen; weiterhin zu viele verlassen die
98 Schule ohne Abschluss. Jede Investition in Bildung ist eine Investition in
99 Integration und damit eine Zukunftsinvestition für unsere Stadt. Je früher,
100 desto besser. Die Integrationspolitik der Stadt braucht ein Konzept und
101 Koordinierung. So werden wir das friedliche und funktionierende Zusammenleben,
102 die soziale Integration, in Ludwigshafen mitgestalten.

103 Die Teilhabe der MigrantInnen in den verschiedenen Lebensbereichen der Kommune
104 ist bis heute nicht gelungen. Kommunales Wahlrecht für alle in Ludwigshafen

105 lebenden Menschen, nicht nur EU-Bürger. Die Integration ist nicht nur das
106 Angebot an Teilhabe, sondern auch der Wille daran.

107 Grüne Ziele sind...

- 108 • Eine nachhaltige, zukunftsorientierte und koordinierte Migrationspolitik
109 mit einem Migrationsrat (vorhanden: BMI)
- 110 • Eine Intensive Sprachförderung von Anfang an! Schon in den Kindergärten
111 und Kindertagesstätten
- 112 • Sprachförderung der Muttersprache
- 113 • Die Nutzung des Landesprogramm Kita plus zu niedrigschwelligen
114 Informations- und Beratungsangeboten für Eltern
- 115 • Familienbildung und -unterstützung mit den Schwerpunkten Erziehung,
116 Bildung, Gesundheit und Ernährung
- 117 • Angebot für Sprach- und Integrationskursen auch für „freiwillige“
118 Teilnehmende, z.B. schon länger hier Lebende und mehr Mama-Kurse
- 119 • Miteinbeziehen aller Eltern in die vor- und schulischen Fördermaßnahmen
120 der Grund- und weiterführenden Schulen ihrer Kinder
- 121 • Auswertung der inner- und außerschulischen Sozialarbeit
- 122 • Die Begleitung des Übergangs der Jugendlichen mit Migrationshintergrund
123 von der Schule zum Beruf durch intensive, koordinierte Zusammenarbeit von
124 Einrichtungen der schulischen und außerschulischen Sozialarbeit
- 125 • Fördermaßnahmen auch für Kinder und Jugendliche und deren Eltern, die in
126 Deutschland geboren sind
- 127 • Mehr Menschen mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst
- 128 • Stipendien für alle, gefördert durch die Stadt
- 129 • Teilhabe der Migranten in allen Bereichen der Politik

130 Inklusion

131 Die UN-Behindertenrechtskonvention, die das Menschenrecht auf selbstbestimmte
132 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantiert, ist auch bei uns noch längst
133 nicht vollständig umgesetzt. Menschen mit Behinderungen sind tagtäglich
134 vielfachen Diskriminierungs- und Exklusionserfahrungen ausgesetzt. An dem Abbau
135 dieser Teilhabebehindernisse wollen wir im Land und in den Kommunen arbeiten -
136 unser Ziel ist die inklusive Gesellschaft!

137 Grüne Ziele sind...

- 138 • Einen kommunalen Behindertenbeauftragten
- 139 • Zur Unterstützung der Kommunalen Behindertenbeauftragten die Erstellung
140 eines kommunalen Aktionsplans für Inklusion
- 141 • Den weiteren Ausbau von Barrierefreiheit, sowohl im ÖPNV, als auch beim
142 Wohnraum, der Zugänglichkeit von Arztpraxen oder Wahllokalen.
- 143 • Eingliederungs- und Jugendhilfe eng miteinander vernetzen, mit dem Ziel,
144 Hilfen und Teilhabeleistungen aus einer Hand zu verwirklichen